

Sperrvermerk 13. Oktober 2026, 17 h

Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsplans 2027

Oberbürgermeister Michael Salomo
Stadt Heidenheim an der Brenz

Es gilt das gesprochene Wort.

HEIDENHEIM 2037

Zusammenhalt bewahren. Vertrauen stärken. Zukunft gestalten.

Die Zukunft unserer Stadt beginnt heute

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadtverwaltung, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn wir heute über den Haushaltsplan für das Jahr 2027 sprechen, dann geht es um weit mehr als um Zahlen, Tabellen, Erträge und Aufwendungen.

Es geht um die Frage, wie wir Heidenheim zukünftig in einer Zeit großer wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Veränderungen handlungsfähig halten können und wie wir unsere Stadt den kommenden Generationen hinterlassen wollen.

Deshalb möchte ich heute bewusst nicht nur auf das kommende Haushaltsjahr blicken, sondern den Blick auf das Jahr 2037 richten. Warum genau 2037, das wäre das Ende meiner zweiten Amtszeit als Oberbürgermeister in Heidenheim.

Denn gute Kommunalpolitik muss mehr leisten, als jährlich Einnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang zu bringen. Sie braucht eine Vorstellung davon, wie sich unsere Stadt entwickeln soll.

Heidenheim 2037 – Zusammenhalt bewahren. Vertrauen stärken. Zukunft gestalten.

Unter diese Überschrift stelle ich unsere Haushaltsberatungen.

Wir erleben eine Zeit tiefgreifender Veränderungen.

Unsere Wirtschaft befindet sich in einem grundlegenden Transformationsprozess. Die Digitalisierung verändert unsere Arbeitswelt. Der demografische Wandel stellt unsere sozialen Sicherungssysteme vor erhebliche Herausforderungen.

Gleichzeitig erleben wir gesellschaftliche Spannungen, internationale Unsicherheiten und eine zunehmende Skepsis gegenüber politischen Institutionen.

Viele Menschen fragen sich, ob unser Staat noch in der Lage ist, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen und diese Frage müssen wir sehr ernst nehmen.

Denn das Vertrauen in unseren demokratischen Staat entsteht nicht allein durch politische Erklärungen, sondern vor allem durch die Erfahrung, dass öffentliche Institutionen, gerade vor Ort, funktionieren. Gerade deshalb kommen Städten und Gemeinden eine besondere Verantwortung zu. Hier erleben die Menschen den Staat unmittelbar und hier entscheidet sich, ob politische Versprechen tatsächlich im Alltag ankommen.

Heidenheim ist eine Stadt mit einer starken industriellen Tradition, international erfolgreichen Unternehmen, einer leistungsfähigen Bildungslandschaft und einem beeindruckenden gesellschaftlichen Engagement.

Unsere Stadt lebt von den Menschen, die hier arbeiten, Unternehmen führen, Kinder unterrichten, Angehörige pflegen oder sich ehrenamtlich engagieren. Eine wichtige Rolle für eine gut funktionierende Stadtgesellschaft spielen unsere Vereine, unsere kulturellen Einrichtungen und Menschen, die täglich Verantwortung für andere übernehmen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Verwaltung und unserer kommunalen Einrichtungen sorgen dafür, dass unser Gemeinwesen funktioniert.

Dafür möchte ich ausdrücklich Danke sagen.

In den vergangenen Jahren haben wir wichtige Entwicklungen angestoßen.

Wir haben Wohnungsbauprojekte vorangebracht, unsere Infrastruktur weiterentwickelt und die Grundlagen für eine langfristige Stadtentwicklung geschaffen.

Mit dem Brenzpark-Quartier, dem Klee- und dem Schlosspark-Quartier wurden drei bedeutende Wohnungsbauvorhaben auf den Weg gebracht.

Die im vergangenen Jahr dargestellten Planungen sahen für diese Quartiere zusammen 553 Wohneinheiten und ein Projektvolumen von rund 257 Millionen Euro vor.

Dabei handelt es sich überwiegend um Investitionen von privaten Unternehmen und kommunalen Gesellschaften, nicht um Ausgaben unseres städtischen Kernhaushalts.

Aber diese Projekte zeigen, welche wirtschaftlichen Entwicklungen möglich werden, wenn öffentliche Planung, private Investitionen und kommunale Unternehmen zusammenwirken.

Da bezahlbarer Wohnraum und attraktive Wohnquartiere nicht nur eine soziale Frage, sondern auch eine wirtschaftspolitische Voraussetzung für die Gewinnung von Fachkräften sowie die Lebensqualität der Menschen sind, bleibt ihre Entwicklung ein zentraler Bestandteil unserer Zukunftsstrategie.

Heidenheim ist ein bedeutender Wirtschaftsstandort. Unsere Unternehmen stehen für industrielle Kompetenz, Innovation und internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Die internationale Konkurrenz nimmt zu. Energie- und Produktionskosten belasten viele Unternehmen. Neue Technologien verändern Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze. Als Stadt müssen wir deshalb Rahmenbedingungen schaffen, die wirtschaftlichen Erfolg weiterhin ermöglichen.

Dazu gehören moderne Gewerbeflächen, wie die Entwicklung von Bohnacker II oder dem Interkommunalen Gewerbegebiet Königsbrunn-Oberkochen-Heidenheim, eine leistungsfähige

Infrastruktur, gute Bildungsangebote, attraktive Wohnmöglichkeiten und eine verlässliche kommunale Verwaltung.

Dabei spielt auch die Gewerbesteuer eine zentrale Rolle.

Sie ist eine unserer wichtigsten eigenen Einnahmequellen und damit eine wesentliche Grundlage unserer finanziellen Handlungsfähigkeit.

Die Entwicklung der Gewerbesteuer zeigt aber auch, wie eng die kommunalen Haushalte mit der wirtschaftlichen Situation unserer Unternehmen verbunden sind.

Hohe Gewerbesteuereinnahmen in einem Jahr bedeuten nicht automatisch, dass diese Mittel dauerhaft zur Verfügung stehen. Sie können erheblichen Schwankungen unterliegen. Hinzu kommen zeitversetzte Auswirkungen auf den kommunalen Finanzausgleich und die Umlagebelastungen.

Das haben wir in den vergangenen Jahren deutlich erlebt.

Deshalb müssen wir bei unserer Haushaltsplanung vorsichtig und langfristig denken.

Gerade in wirtschaftlich anspruchsvollen Zeiten brauchen unsere Unternehmen Verlässlichkeit.

Und unsere Bürgerinnen und Bürger brauchen Planungssicherheit.

Deshalb wollen wir die Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer im Haushaltsjahr 2027 unverändert lassen.

Wir werden die angespannte Haushaltslage also nicht zum Anlass nehmen, die Hebesätze dieser beiden Steuerarten zu erhöhen.

Das ist eine bewusste finanz- und wirtschaftspolitische Entscheidung. Denn wir wissen, dass höhere Steuerbelastungen Auswirkungen auf Unternehmen, Investitionen und private Haushalte haben können.

Eine starke kommunale Finanzbasis entsteht langfristig nicht allein durch höhere Hebesätze.

Sie entsteht vor allem durch wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitsplätze, Investitionen und eine attraktive Stadt.

Deshalb setzen wir auf die Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes, durch eine enge Zusammenarbeit mit unseren Unternehmen, der Industrie- und Handelskammer und unseren Hochschulen, sowie auf die Entwicklung neuer Gewerbeflächen.

Jedoch wollen wir die Vergnügungssteuer von 5% auf 8% des Spieleinsatzes anheben.

Wichtig ist auch eine regionale Zusammenarbeit, die unsere wirtschaftlichen Chancen verbessert. Dazu zählen übergeordnet ein gemeinsames Oberzentrum wie mit den Oberbürgermeistern aus Aalen, Schwäbisch Gmünd, Heidenheim und Ellwangen vereinbart, sowie der von Landrat Peter Polta vorangetriebene Ausbau der Brenzbahn.

Für das Haushaltsjahr 2027 sieht unser aktueller Entwurf nun ein ordentliches Defizit rund 24,9 Millionen Euro vor.

Dabei ist wichtig, zwischen dem Ergebnishaushalt und dem Finanzhaushalt zu unterscheiden.

Das ordentliche Ergebnis zeigt den Ressourcenverbrauch unserer Stadt. Es berücksichtigt unter anderem auch Abschreibungen auf unsere Infrastruktur.

Der Finanzhaushalt dagegen zeigt, welche Einzahlungen und Auszahlungen tatsächlich geplant sind.

Ein Haushaltsdefizit bedeutet deshalb nicht automatisch, dass in derselben Höhe Geld von unserem Konto abfließt.

Es zeigt aber, dass wir unsere laufenden Leistungen und den Werteverzehr unseres kommunalen Vermögens nicht vollständig aus den laufenden Erträgen finanzieren können.

Wir müssen nicht nur unsere heutigen Leistungen finanzieren, sondern auch die Infrastruktur erhalten, die frühere Generationen aufgebaut haben. Ein Kongresszentrum, eine Bibliothek, Schulen, die Straßen, Brücken, Verwaltungsgebäude, Sportstätten sowie unsere technischen Anlagen zeigen deutlichen Modernisierungsbedarf.

Wenn wir notwendige Erhaltungsmaßnahmen dauerhaft verschieben, entstehen daraus in Zukunft häufig deutlich höhere Kosten. Deshalb brauchen wir eine Haushaltspolitik, die finanzielle Vernunft und langfristige Verantwortung miteinander verbindet.

Besonders deutlich wird die Herausforderung beim Blick auf die kommenden Jahre.

Unsere aktuelle Finanzplanung weist folgende negative ordentliche Ergebnisse aus:

Für 2027 rund 24,9 Millionen Euro.

Für 2028 rund 18,2 Millionen Euro.

Für 2029 rund 20,7 Millionen Euro.

Und für 2030 rund 25,4 Millionen Euro.

Ich betone ausdrücklich: Das sind Planungswerte im Ergebnishaushalt, keine bereits eingetretenen Verluste.

Aber sie zeigen, welche Herausforderungen auf uns zukommen, wenn sich die wirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht wesentlich verbessern.

Ich hatte mir erhofft, dass unser ehemaliges Stadtratmitglied Herr Kolb, der inzwischen Landtagsabgeordneter für die CDU-Fraktion wurde, die Probleme der Kommunen noch deutlicher nach Stuttgart tragen würde, leider ist dieser zwischenzeitlich aus dem Gremium ausgeschieden.

Noch deutlicher wird die Situation bei unserer Liquidität.

Zu Beginn des Jahres 2027 verfügen wir nach der aktuellen Planung über liquide Eigenmittel in Höhe von 95 Millionen Euro.

Ende 2027 werden es voraussichtlich noch rund 63,8 Millionen Euro sein.

Ende 2028 rund 48,7 Millionen Euro.

Ende 2029 rund 36,3 Millionen Euro.

Und Ende 2030 nur noch knapp 24,5 Millionen Euro.

Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass ein Teil dieser Mittel bereits für bestehende Verpflichtungen gebunden ist.

Wir müssen eine Mindestliquidität sicherstellen und geplante Ermächtigungsübertragungen berücksichtigen.

Unter Berücksichtigung dieser Positionen verbleibt uns Ende 2030 rechnerisch nur noch ein nicht entsprechend gebundener Liquiditätsspielraum von rund 425.000 Euro.

Und wenn sie aufgebraucht sind, fehlen uns die Handlungsspielräume für die Herausforderungen von morgen.

Wie schon in der Vergangenheit werden wir auch weiterhin unsere Ausgaben überprüfen, Aufgaben priorisieren und vorhandene Strukturen kritisch hinterfragen.

Wir alle wissen, dass Heidenheim mit dieser Entwicklung nicht alleinsteht, denn unsere finanzielle Lage ist Teil einer grundlegenden Krise der Kommunalfinanzen.

Am 22. Juni 2026 haben der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund gemeinsam ihre Prognose zur Entwicklung der kommunalen Haushalte vorgestellt.

Und diese Zahlen sind alarmierend.

Für das Jahr 2026 rechnen die kommunalen Spitzenverbände bundesweit mit einem Finanzierungsdefizit von 29,7 Milliarden Euro.

Für 2027 werden 29,6 Milliarden Euro erwartet.

Für 2028 weitere 28,9 Milliarden Euro.

Und für 2029 nochmals 28,4 Milliarden Euro.

Das bedeutet:

Innerhalb von nur vier Jahren werden die Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland nach dieser Prognose Finanzierungsdefizite von insgesamt 116,6 Milliarden Euro verzeichnen.

Das ist eine strukturelle Entwicklung, die die finanzielle Leistungsfähigkeit der kommunalen Ebene grundlegend infrage stellt.

Besonders bemerkenswert ist, dass der Deutsche Städtetag am 23. September 2026 eine Soforthilfe von 30 Milliarden Euro mit dem Bundeshaushalt 2027 gefordert hat.

Eine Forderung dieser Größenordnung zeigt, wie ernst die Situation ist und es bescheinigt deutlich, dass die Heidenheimer Haushaltssituation kein heidenheimspezifisches Problem ist.

Aber selbst eine solche Soforthilfe könnte nur ein erster Schritt sein.

Denn wir haben es nicht ausschließlich mit einer kurzfristigen Finanzierungslücke zu tun. Wir haben ein strukturelles Problem.

Immer mehr Aufgaben werden auf Bundes- und Landesebene beschlossen. Es entstehen wiederholt neue Dokumentations- und Berichtspflichten.

Und die Umsetzung findet häufig vor Ort statt, in unseren Rathäusern, Schulen, sozialen Einrichtungen und kommunalen Haushalten.

Deshalb brauchen wir eine grundlegende Neuordnung der Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung.

Wer Aufgaben beschließt, muss auch Verantwortung für ihre Finanzierung übernehmen.

Die verfassungsmäßige Selbstverwaltung der Kommunen verliert ihren Wert, wenn steigende Pflichtaufgaben den finanziellen Handlungsspielraum der Städte und Gemeinden vollständig blockieren. Wenn laufende Lasten so stark wachsen, dass Investitionen verschoben werden müssen, ist echte Gestaltung unmöglich.

Wir fordern daher eine strikte Einhaltung des Konnexitätsgedankens. Jede neue staatliche Vorgabe und jeder höhere Standard muss von den Gesetzgebern auch mit den entsprechenden finanziellen Mitteln hinterlegt werden.

Auch wir müssen Verwaltungsabläufe vereinfachen und Prioritäten setzen.

Aber wir können eine bundesweite strukturelle Krise nicht allein durch Einsparungen in einzelnen Rathäusern lösen.

Wir müssen deshalb auch über die Leistungsfähigkeit unseres Staates sprechen sowie über die Frage, welche Aufgaben tatsächlich notwendig sind.

Welche Regelungen einen konkreten Nutzen bringen und wo wir durch immer neue Vorschriften vor allem zusätzlichen Verwaltungsaufwand erzeugen.

Nicht jede gut gemeinte Regelung führt automatisch zu einer besseren öffentlichen Leistung. Manchmal führt sie vor allem zu mehr Bürokratie, längeren Bearbeitungszeiten und höheren Kosten.

Ein leistungsfähiger Staat zeichnet sich nicht dadurch aus, dass er möglichst viele Regeln schafft, sondern dadurch, dass er seine Aufgaben wirksam, verständlich und verlässlich erfüllt.

Das muss wieder stärker zum Maßstab politischen Handelns werden.

Trotz der angespannten finanziellen Situation wollen und müssen wir weiter investieren.

Denn wir dürfen nicht den Fehler machen, notwendige Zukunftsinvestitionen allein deshalb zu unterlassen, weil unsere Haushaltslage schwierig ist.

Es geht um das Fundament unserer Stadt.

Schulen müssen beispielsweise reibungslos funktionieren und Kindertageseinrichtungen bedarfsgerecht ausgestattet sein. Wir müssen den Erhalt von Straßen und Kanälen sichern und die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr garantieren. Jede öffentliche Einrichtung muss den Ansprüchen einer modernen Stadt gerecht werden.

Die Investitionsplanung für 2027 setzt deshalb weiterhin wichtige Schwerpunkte.

Dazu gehören die Sanierung und Weiterentwicklung unseres Rathauses, 6,5 Millionen Euro, die Maßnahmen an der Kläranlage Mergelstetten, 6,5 Millionen Euro, die Weiterentwicklung und Begrünung unserer Innenstadt, 3,4 Millionen Euro, die Arbeiten am Elmar-Doch-Haus, 3,4 Millionen Euro, die Gestaltung des Michael-Rogowski-Platzes, 2 Millionen Euro, die Sanierung unseres Waldfreibades, 2,52 Millionen Euro, sowie Investitionen in Schulen, 1,47 Millionen Euro, Kindertageseinrichtungen, Jugendangebote 1,685 Millionen Euro, und Sportstätten, 3,9 Millionen Euro.

Diese Projekte stehen beispielhaft für unterschiedliche Aufgabenbereiche unserer Stadt, den Erhalt unserer Infrastruktur und die langfristige Attraktivität unseres Standorts.

Dabei müssen wir künftig weiterhin zwischen zwingenden Pflichtaufgaben, dem Werterhalt der Infrastruktur und neuen Entwicklungsprojekten unterscheiden. Da uns nur begrenzte Mittel zur Verfügung stehen, können wir nicht alle Maßnahmen gleichzeitig umsetzen, sondern müssen Vorhaben verantwortungsvoll zeitlich staffeln.

Diese Abwägung darf jedoch nicht rein nach aktueller Kassenlage erfolgen, sondern muss immer die langfristigen Folgen im Blick haben: Werden notwendige Sanierungen an Bildungseinrichtungen und der Infrastruktur zu lange aufgeschoben, drohen am Ende eine geschwächte Wirtschaftskraft und weitaus höhere Folgekosten.

Wenn wir über die Zukunft unserer Stadt sprechen, dann sprechen wir über unsere Kinder und Jugendlichen. Sie sind die Generation, von deren Ideen und Engagement unser Leben von morgen geprägt sein wird.

Deshalb bleibt Bildung die wichtigste Voraussetzung für persönliche Entwicklung, gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg. Unsere Schulen und Kindertageseinrichtungen behalten daher einen festen Platz ganz oben auf unserer kommunalen Agenda.

Wir wollen moderne Lernbedingungen schaffen, soziale Herkunft von Bildungschancen entkoppeln und Familien bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen.

Ein Schlüssel dazu ist der Ausbau der Ganztagsbetreuung. Dieses Vorhaben bringt jedoch enorme finanzielle und organisatorische Verpflichtungen mit sich, da es verlässliche Betriebsstrukturen, neue Räume, zusätzliches Personal und eine zeitgemäße Ausstattung verlangt.

Diese Aufgaben lassen sich nicht allein dadurch lösen, dass auf Bundes- oder Landesebene gesetzliche Ansprüche geschaffen werden.

Sie müssen vor Ort praktisch umsetzbar und dauerhaft finanzierbar sein.

Gerade hier zeigt sich, wie eng Bildungspolitik und kommunale Finanzpolitik miteinander verbunden sind.

Wer zusätzliche Betreuungsangebote verspricht, muss auch die notwendigen Ressourcen bereitstellen.

Heidenheim muss auch in Zukunft eine Stadt sein, in der Menschen unterschiedlicher Generationen und Einkommensgruppen ein Zuhause finden können.

Wir brauchen Wohnraum für junge Menschen, Familien, ältere Menschen und Fachkräfte.

Dabei geht es nicht nur darum, möglichst viele Wohnungen zu errichten.

Es geht um lebendige Quartiere, gute Nachbarschaften, kurze Wege und eine soziale Infrastruktur, die den Bedürfnissen der Menschen entspricht.

Die Entwicklung unserer Innenstadt spielt dabei eine besondere Rolle.

Unsere Innenstadt muss auch künftig ein Ort der Begegnung, des Handels, der Gastronomie, der Kultur und des gesellschaftlichen Lebens bleiben.

Die Entwicklung des Rathausumfelds, des Michael-Rogowski-Platzes und des Elmar-Doch-Hauses ist deshalb mehr als eine Aneinanderreihung einzelner Bauprojekte.

Sie ist Teil einer langfristigen städtebaulichen Strategie.

Wir wollen eine Innenstadt, in der sich Menschen gerne aufhalten, die lebendig bleibt und mit der sich unsere Bürgerinnen und Bürger identifizieren.

Dabei müssen wir den Wandel des Einzelhandels ebenso berücksichtigen wie veränderte Anforderungen an Mobilität, Aufenthaltsqualität und öffentliche Räume.

Die Innenstadt der Zukunft wird nicht allein durch Geschäfte geprägt.

Sie wird ein vielfältiger Ort des Zusammenlebens sein.

Ganz besonders freut mich, dass Ministerin Schopper mir mitgeteilt hat, dass unser Spielplatz der Kinderrechte am Rathaus, der 780.000 Euro kostet, mit 718.000 Euro seitens des Landes gefördert wird. Durch die Umwidmung der Grabenstraße zur Fußgängerzone wurden wir mit dem südlichen Ausbau in das „Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) – verkehrsberuhigte lebendige Ortsmitten“ aufgenommen. Durch die Erweiterung der Fußgängerzone erhalten wir nun eine Förderung von 75% der Kosten zuzüglich einer Planungspauschale von 15%. Beide Förderungen sind im bisherigen Haushalt aufgrund der Aktualität noch nicht berücksichtigt und werden auf Antrag der Verwaltung nachgereicht.

Eine zukunftsfähige Stadt braucht eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung.

Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger.

Welche Rolle kommunale Unternehmen dabei übernehmen können, zeigen unsere Stadtwerke Heidenheim.

Aus einem regionalen Energieversorger ist eine Unternehmensgruppe geworden, die bundesweit in erneuerbare Energien investiert und damit einen bedeutenden Beitrag zur Energiewende leistet.

Das Erneuerbare-Energien-Portfolio unserer Stadtwerke umfasst inzwischen eine installierte Leistung von rund 285 Megawatt und einen rechnerischen jährlichen Stromertrag von rund 557 Millionen Kilowattstunden.

Davon entfallen rund 456 Millionen Kilowattstunden auf Windenergie und rund 94 Millionen Kilowattstunden auf Solarenergie.

Um diese Größenordnung einzuordnen:

Im Jahr 2025 wurden im eigenen Stromnetzgebiet der Stadtwerke Heidenheim rund 179 Millionen Kilowattstunden Strom transportiert.

Das bedeutet:

Das bundesweite regenerative Erzeugungspotenzial des Portfolios unserer Stadtwerke ist rechnerisch mehr als dreimal so groß wie die jährlich durch das Heidenheimer Netz transportierte Strommenge.

Das ist eine beachtliche unternehmerische Entwicklung und ein Beispiel dafür, wie kommunale Unternehmen wirtschaftliche Chancen nutzen und zugleich ökologische Verantwortung übernehmen können.

Dabei handelt es sich um einen rechnerischen Vergleich. Die Erzeugungsanlagen befinden sich teilweise außerhalb unserer Region, und das Portfolio umfasst auch Unternehmensbeteiligungen.

Für Heidenheim bedeutet diese Entwicklung, dass wir die Energiewende nicht nur als Verpflichtung verstehen, sondern auch als wirtschaftliche Chance.

Mit unseren Stadtwerken verfügen wir über einen leistungsfähigen Partner, der unternehmerische Kompetenz, langfristige Investitionen und kommunale Verantwortung miteinander verbindet.

Gleichzeitig müssen wir unsere Stadt auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten.

Dazu gehören eine vorausschauende Stadtplanung, mehr Aufenthaltsqualität durch Begrünung wie der Christianstraße, Grabenstraße und dem Michael-Rogowski-Platz geschehen wird sowie geeignete Maßnahmen im Umgang mit Hitze und Starkregen. Auch hierzu wird die Schwammstadt ihren Beitrag leisten. Die Stelle des Klimaplaners wurde vor kurzem besetzt. Wir werden hier in Zukunft verstärkt tätig werden.

Entscheidend ist, dass wir dabei ökologische Ziele, wirtschaftliche Tragfähigkeit und die Bedürfnisse der Menschen miteinander verbinden.

Unser Anspruch ist ein Heidenheim, das die Energiewende aktiv mitgestaltet, seine Infrastruktur zukunftsfähig entwickelt und dabei wirtschaftlich stark bleibt.

Eine zukunftsfähige Stadt braucht eine leistungsfähige Verwaltung.

Die Menschen erwarten zu Recht, dass ihre Anliegen verständlich, zügig und zuverlässig bearbeitet werden.

Dabei darf Digitalisierung kein Selbstzweck sein.

Eine moderne Verwaltung muss Verfahren vereinfachen, Bearbeitungszeiten verkürzen und den Zugang zu ihren Leistungen erleichtern.

Dafür müssen wir unsere Prozesse konsequent aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger betrachten, unnötige Schritte abbauen und Abläufe neu organisieren.

Ein solcher Wandel gelingt jedoch nur mit qualifizierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Sie braucht aber auch politische und rechtliche Rahmenbedingungen, die eigenverantwortliches Handeln ermöglichen.

Ich möchte deshalb an dieser Stelle unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich für ihren Einsatz danken.

Gerade in schwierigen Zeiten ist es keine Selbstverständlichkeit, dass eine Verwaltung täglich eine Vielzahl komplexer Aufgaben bewältigt.

Unsere Stadt besteht nicht nur aus Gebäuden, Straßen und Haushaltszahlen.

Sie lebt von Begegnungen, Gemeinschaft, kulturellen Angeboten und der Bereitschaft, füreinander Verantwortung zu übernehmen.

Heidenheim besitzt ein vielfältiges Vereinsleben, eine starke Sporttradition und bedeutende kulturelle Einrichtungen.

Unser 1. FC Heidenheim, unsere Heideköpfe, der HSB Fechten, unsere zahlreichen Sportvereine, die Opernfestspiele, das Naturtheater und viele weitere Einrichtungen prägen die Identität unserer Stadt.

Ebenso wichtig sind jedoch die vielen kleineren Vereine und Initiativen, all jene Menschen, die Jugendgruppen betreuen, sich in sozialen Einrichtungen engagieren oder lokale Veranstaltungen auf die Beine stellen.

Sie kümmern sich fürsorglich um ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger und helfen überall dort, wo gerade Unterstützung gebraucht wird.

Dieses Engagement lässt sich nicht allein in Euro beziffern.

Und gerade deshalb dürfen wir es in schwierigen Haushaltszeiten nicht aus dem Blick verlieren.

Denn gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht nicht durch einen Haushaltsansatz.

Er entsteht durch Menschen, die bereit sind, Verantwortung füreinander zu übernehmen. Unsere Aufgabe als Stadt ist es, dafür verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Bei der Diskussion über unsere Finanzen wird häufig über Generationengerechtigkeit gesprochen.

Das ist richtig und notwendig.

Generationengerechtigkeit bedeutet selbstverständlich, dass wir kommenden Generationen keine untragbaren finanziellen Verpflichtungen hinterlassen dürfen.

Deshalb müssen wir die Entwicklung unserer Verschuldung aufmerksam beobachten. Aber Generationengerechtigkeit bedeutet nicht nur, möglichst wenig Schulden zu hinterlassen. Sie bedeutet auch, eine funktionierende Infrastruktur zu übergeben.

Wenn wir notwendige Investitionen dauerhaft unterlassen, hinterlassen wir unseren Kindern möglicherweise weniger finanzielle Schulden, aber dafür einen erheblichen Sanierungsstau.

Auch das wäre eine Belastung kommender Generationen. Deshalb müssen wir beides miteinander verbinden:

Finanzielle Solidität und den Erhalt unserer Zukunftsfähigkeit.

Ich möchte zum Ende meiner Rede auf einen Punkt eingehen, der mir besonders wichtig ist.

Die Zukunft unserer Demokratie.

Wir erleben in Deutschland und in vielen anderen europäischen Staaten eine zunehmende Polarisierung politischer Debatten.

Das Vertrauen in staatliche Institutionen steht unter Druck. Viele Menschen haben das Gefühl, dass politische Entscheidungen immer komplizierter werden und ihre konkreten Probleme nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Demokratie lebt nicht allein von Wahlen. Sie lebt auch davon, dass Menschen erleben, dass demokratische Institutionen funktionieren.

Dass Entscheidungen nachvollziehbar sind, dass Probleme angesprochen werden und dass Politik bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Gerade unsere Städte und Gemeinden spielen dabei wie gesagt eine entscheidende Rolle.

Wenn der Staat vor Ort dauerhaft nicht mehr handlungsfähig ist, dann hat das auch Auswirkungen auf das Vertrauen in unsere demokratische Ordnung.

Deshalb ist die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Kommunen nicht nur eine haushaltspolitische Frage. Sie ist auch eine demokratiepolitische Frage.

Ein Blick in die deutsche Geschichte zeigt uns, wie gefährlich es werden kann, wenn demokratische Institutionen an Vertrauen verlieren und politische Kräfte die Unzufriedenheit der Menschen gezielt gegen die demokratische Ordnung richten.

Die Entwicklungen in Thüringen im Jahr 1930 und die spätere nationalsozialistische Machtübernahme gehören zu den historischen Erfahrungen, mit denen wir uns verantwortungsvoll auseinandersetzen müssen.

Geschichte wiederholt sich nicht einfach.

Aber sie kann uns dafür sensibilisieren, wie wichtig demokratische Institutionen, rechtsstaatliche Verfahren und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit sind.

Demokratie braucht unterschiedliche Meinungen, kontroverse Debatten und eine starke Opposition.

Aber wichtig sind auch Menschen, die demokratische Entscheidungen respektieren und bereit sind, Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen.

Demokratie bedeutet nicht, dass wir immer einer Meinung sein müssen. Demokratie bedeutet, dass wir auch bei unterschiedlichen Meinungen gemeinsam Verantwortung für unser Gemeinwesen tragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates,

wir werden in den kommenden Jahren schwierige Entscheidungen treffen müssen. Entscheidungen, bei denen unterschiedliche politische Auffassungen aufeinandertreffen und bei denen wir möglicherweise auch auf liebgewonene Gewohnheiten verzichten müssen.

Wir werden den Fachbereichsleitern bis Mitte nächsten Jahres die Möglichkeit geben, Einsparungen in ihren Fachbereichen vorzuschlagen. Danach werden Stadtkämmerer Ochs, der Bürgermeister und ich die Einsparungen weiter konkretisieren und Ihnen zu den nächsten Haushaltsberatungen vorlegen. Wir streben an, für die Jahre 2028 und 2029 einen Doppelhaushalt einzubringen.

Eine lebendige Demokratie braucht Kritik, Kontrolle und unterschiedliche politische Positionen. Aber sie braucht auch die Bereitschaft, gemeinsam nach tragfähigen Lösungen zu suchen.

Deshalb möchte ich an uns alle appellieren:

Lassen Sie uns bei allen politischen Unterschieden die gemeinsame Verantwortung für unsere Stadt nicht aus dem Blick verlieren.

Kritik muss möglich sein aber sie sollte sachlich bleiben. Alternativen müssen diskutiert werden.

Und wenn demokratische Entscheidungen getroffen wurden, sollten wir deren Umsetzung nicht unnötig erschweren.

Denn unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass wir nicht nur miteinander diskutieren, sondern auch Entscheidungen treffen.

Die kommenden Jahre werden uns finanziell, organisatorisch und politisch viel abverlangen.

Umso wichtiger ist es, dass wir uns auf das konzentrieren, was uns verbindet.

Die Verantwortung für Heidenheim.

Ich wünsche mir deshalb für unsere Haushaltsberatungen eine sachliche, konstruktive und lösungsorientierte Diskussion.

Nicht die Frage, wer sich am Ende politisch durchsetzt, sollte im Mittelpunkt stehen.

Sondern die Frage, welche Entscheidungen für unsere Stadt langfristig richtig sind.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal auf die Perspektive zurückkommen, mit der ich diese Rede begonnen habe.

Heidenheim im Jahr 2037.

Wie soll unsere Stadt dann aussehen?

Ich wünsche mir ein Heidenheim, das wirtschaftlich stark aufgestellt ist und zukunftsorientierte Wege geht.

Unsere Stadt muss jungen Generationen beste Bildungs- und Ausbildungschancen bieten, Familien bezahlbaren Wohnraum sichern und älteren Menschen ein gutes Leben ermöglichen.

Dazu gehören eine lebendige Innenstadt, moderne Schulen sowie eine leistungsfähige Infrastruktur. Gleichzeitig gilt es, unsere natürlichen Ressourcen verantwortungsvoll zu nutzen und den Wandel der Energieversorgung aktiv zu gestalten.

In diesem Heidenheim haben Vereine, Kultur, Sport und Ehrenamt ihren festen Platz, getragen von einer modernen, bürgernahen Verwaltung.

Vor allem aber wünsche ich mir eine Stadtgesellschaft, die selbst bei unterschiedlichen Meinungen fest zusammenhält, einen Ort, an dem Vertrauen nicht nur eingefordert, sondern durch verlässliches Handeln täglich neu verdient wird.

Wir können nicht alle Entwicklungen der kommenden Jahre vorhersehen.

Niemand kann voraussagen, wie sich die Weltwirtschaft entwickelt, welche politischen Beschlüsse auf Bundes- und Landesebene fallen oder welche neuen Herausforderungen uns bis 2037 erwarten.

Doch eines liegt ganz allein in unserer Hand: wie wir heute mit dieser Verantwortung umgehen. Es entscheidet sich jetzt, ob wir Probleme offen ansprechen statt sie zu verdrängen, ob wir notwendige Entscheidungen mutig treffen statt sie aufzuschieben und ob wir gemeinsam nach Lösungen suchen statt uns in politischen Gegensätzen zu verlieren.

Der Haushaltsplan 2027 führt uns unmissverständlich vor Augen, dass unsere finanziellen Spielräume enger werden und dass wir Prioritäten setzen müssen.

Der Haushalt zeigt jedoch ebenso, dass weiterhin echte Gestaltungsmöglichkeiten für unsere Stadt bestehen. Heidenheim baut auf engagierte Menschen, leistungsfähige Unternehmen und eine starke Stadtgesellschaft.

Zudem tragen wir alle die wertvolle Erfahrung in uns, dass sich im gemeinsamen Schulterschluss enorm viel erreichen lässt.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam daran arbeiten, dass Heidenheim auch im Jahr 2037 eine lebenswerte, wirtschaftlich starke, soziale und demokratische Stadt ist.

Vielen Dank an die Damen und Herren Gemeinderäte, allen voran Herrn Stadtkämmerer Ochs und seinem Team. Ich bedanke mich für die sehr vertrauensvolle und konstruktive Art unseres neuen Dezernenten, sowie allen, die sich für unser Heidenheim einsetzen.

Herzlichen Dank.